

Dringliche Motion Christian Wasserfallen (JF): Keine unnötige städtische Gassenküche und linksautonome Propaganda auf Kosten der Drogenabhängigen und Randständigen!

Die Wirren rund um die so genannte „Gassenküche“ in der Stadt Bern nehmen immer skurrilere Formen an. Einerseits wird die schwierige Situation der Drogenabhängigen und Randständigen von den Linksaktivisten unter dem Deckmantel einer „Essensausgabe“ skrupellos dazu missbraucht, um ihre politischen Forderungen zu propagieren. Andererseits ist eine Abgabe von Essen auf der Gasse an die angesprochenen Bevölkerungsgruppen erwiesenermassen weder sinnvoll noch notwendig.

Der Gemeinderat ist bedauerlicherweise nicht in der Lage, der Problematik „Gassenküche“ Herr und Meister zu werden. Seit Jahren besteht der Zweck der „Gratisverpflegung“ für Abhängige nämlich nicht darin, auch wirklich Mahlzeiten zu servieren, sondern vielmehr in der linksautonomen Propaganda, die jeden Sonntagabend, ohne Bewilligung versteht sich, proklamiert wird. Dieses Spiel hat der Gemeinderat toleriert und oder nicht bemerken wollen.

In ihrer Hilflosigkeit hat die Stadtregierung nun auch noch das Ausschöpfen von Gratisessen selber in die Hand genommen. Die Drogenabhängigen, die ja vom Stadtberner Sozialsystem unterstützt werden, sind in der Lage, sich ihre Verpflegung selbständig zu organisieren. Eine städtische Essensausgabe ist daher klar unnötig. Um einen Schritt weiter zu denken, sei die Frage erlaubt, ob die Stadt Bern vor ihrem eigenen Sozialsystem so wenig überzeugt ist, dass sie es für nötig hält, die Abhängigen mit Gratisessen zu versorgen. Eine zusätzliche Ausgabenquelle im Sozialbereich ist hier schon aus finanziellen Gründen abzulehnen. In der Stadt Bern ist keine sozial benachteiligte Person auf Gratisverpflegung angewiesen. Auf diesen Umstand haben auch Exponenten von der Fachstelle „Contactnetz“ bereits hingewiesen.

Ein weiterer Punkt, der ganz deutlich gegen eine Küche auf der Gasse spricht, ist im Bereich der Suchtarbeit mit den Drogenabhängigen zu finden. Für Menschen, die auf der Gasse leben, die keine Perspektive haben und auf das Konsumieren von Drogen angewiesen sind, ist es wichtig, dass sie nicht einfach in ihrem Milieu belassen werden. Eine Abkehr vom Gassen- und Drogendasein ist oftmals ein erster wichtiger Schritt für diese Leute um aus ihrem Leben vielleicht wieder etwas machen zu können. Aber genau das Angebot einer Essensausgabe auf der Gasse bindet die Junkies an ihr gewohntes, aber eben schlechtes Umfeld.

Deshalb wird der Gemeinderat aufgefordert folgende Punkte zu erfüllen:

1. Auf eine städtische Essensausgabe ist zu verzichten.
2. Unbewilligte Kundgebungen rund um die Gassenküche sind aufzulösen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Vorkommnisse rund um die Gassenküche sind für alle Beteiligten im höchsten Mass unbefriedigend. Eine kontraproduktive städtische Essensausgabe ist schnellstmöglich wieder einzustellen. Unbewilligte Demonstrationen von Aktivisten rund um die Gassenküche sind nicht zu tolerieren. Die Lebensqualität in der Stadt Bern leidet gerade sonntags stark unter diesen Kundgebungen.

Bern, 31. Mai 2007

Dringliche Motion Christian Wasserfallen (JF), Ueli Jaisli, Jacqueline Gafner Wasem, Ernst Stauffer, Mario Imhof, Philippe Müller, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Manfred Blaser, Pascal Rub, Peter Bühler, Reto Nause, Edith Leibundgut, Daniel Lerch, Markus Kiener, Thomas Weil, Erich J. Hess, Lydia Riesen-Welz, Simon Glauser, Stefan Bärtschi, Rudolf Friedli, Dieter Beyeler

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.